

Polizeieinsatz im Hambacher Forst zur Beseitigung der illegal abgelagerten Abfälle

1. Vermerk:

Auf ausdrücklichen Wunsch des Aachener Polizeipräsidenten wurde am 28. Juni 2018 eine umfangreiche Aufräumaktion im Hambacher Forst durch das Umweltamt des Kreises Düren begleitet. Ebenfalls an der Aktion beteiligt waren die Ordnungsämter der Stadt Kerpen und der Gemeinde Merzenich, sowie Vertreter des Erftkreises. Abgesichert wurde die Maßnahme durch den Einsatz mehrerer Hundertschaften der Polizei.

subj.

Bereits im Vorfeld zu der Aktion wurde seitens des Umweltamtes dargelegt, dass der Abfallbegriff zunächst ~~objektiv~~ ist und nur der Eigentümer der Abfälle (bei illegal abgelagerten Abfällen der Grundstückseigentümer, vorliegend also RWE) über die Abfalleigenschaft entscheidet, nicht aber die Abfallbehörde.

Vor Ort sollten dann zunächst ausschließlich die Rettungswege von Barrikaden, Hindernissen und gefährlichen Gegenständen befreit werden.

Vorgefunden wurden insgesamt drei Barrikaden, die mit Unrat aller Art (keine gefährliche Stoffe) durch die Aktivisten angelegt wurden. Aufgrund dessen, dass zunächst geeignete schwere Geräte herbei geschafft werden mussten und die Wege zum Teil frei geschnitten werden mussten, dauerte diese Aktion bereits mehrere Stunden.

Der Besuch einer Delegation des Innenministeriums und mehrerer Landtagsabgeordneter führte zu einer fast zweistündigen Verzögerung, weil hierfür Polizeikräfte abgezogen werden mussten.

Nach Abschluss der Wegeräumung teilte Herr Polizeipräsident Weinspach dann mit, dass die Aktion noch nicht abgeschlossen werden könne, weil das Innenministerium erwarten würde, dass auch die seitens der Aktivisten angelegten "Dörfer" bestehend aus Zelten und Baumhäusern begangen, und geräumt werden sollten.

Der Einwand der Gemeindevertreter, dass dies nicht den vorher getroffenen Absprachen entsprechen würde, wurde nicht akzeptiert, ebenso war ein Austausch der kommunalen Mitarbeiter nach mehreren Stunden im Wald nicht möglich.

Nach diversen Gesprächen der Verbindungsbeamten mit den Aktivisten, was wiederum mit erheblicher Wartezeit im Wald verbunden war, wurde dann eines der Dörfer begangen. Vor Ort wurde dann von den Behördervertretern (Kreis Düren und Gemeinde Merzenich) erwartet, für jedes einzelne Objekt zu entscheiden, ob es mittels Bagger entfernt werden könne. Um die Sache dann zum Abschluss zu bringen, wurde diesem Wunsch dann auch entsprochen. Dabei wurde auch vernachlässigt, dass Teilbereiche der zu beräumenden Fläche vermutlich nicht mehr im Kreis Düren sondern im Erftkreis lagen.

Im Gespräch mit den Aktivisten wurde versucht, zu ermitteln, welche Behausungen und Unterstände quasi "überlebensnotwendig" seien und bei welchen Buden es sich eher um verlassene Behausungen handelt. Seitens der "Bewohner" fort geworfene Abfälle im üblichen Sinne wurden nicht vorgefunden. Es gibt geeignete Gefäße für die wenigen anfallenden Abfälle.

Die zu Abfall erklärten Behausungen und Gegenstände wurden durch RWE sofort verladen.

Herr Weinspach konnte überzeugt werden, dass Bekleidungsstücke und Küchensensilien besser bis zur endgültigen Räumung des Forstes dort zu belassen seien. Jede andere Entscheidung hätte vermutlich zur Eskalation der Situation geführt.

Aufgrund fehlender Entsorgungskapazitäten bei RWE konnte der Einsatz dann gegen 17:00 Uhr beendet werden.

Aus Sicht der Unterzeichnerin war die Beräumung der Wege aus Sicherheitsgründen notwendig und somit vertretbar. Die anschließende Aktion in den besetzten Dörfern hingegen war kaum nachvollziehbar und offensichtlich dem Wunsch der politischen Vertreter geschuldet. Das Ergebnis steht in keinem Verhältnis zum Aufwand, insbesondere unter Berücksichtigung des erheblichen Polizeieinsatzes.

Von daher ist bei der Planung möglicher weiterer derartiger Aktionen zu bedenken, dass die rechtliche Legitimation für ein derartiges Handeln aus abfallrechtlicher Sicht nicht gegeben ist. Die Entfernung weiterer Unterstände und Gegenstände macht nur im Zusammenhang mit der Gesamträumung der besetzten Bereiche bei anstehender Rodung Sinn.

I.A.

(Claudia Schiewe)

2. Herrn Landrat Spelthahn
zur Kenntnis a.d.D.

25.07.2018

Frau Dr. Lesmeister Moderation

Gem. Merz. als örtl. OB nicht geladen

Appel des Verf. Schutzes
links-extrem. Szene

Rodungszeit 1. Okt. 28 Febr. '19

ca. 108 von 190 ha. sollen gerodet werden

24 Tage:

Polizeieinsatz: 900 Sicherheitskräfte
10; 2 Hundeteams

RWE soll zivilrechtl. vorgehen

28.06. Ortsbegehung mit komm. Behörden

25.10.-29.10. Ende - Gelände
Ortl - Lounge

Faunanlage!

- Just. Gesundheitsamt

Protokoll + jurist. Einschätzung

- UAB

neuer T. in ca. 3 Wo.

- BauO